



- Trennung von Mitgliedschaft und Geschäftsführung
- Begriff des Organs
  - Organ als Funktionsträger in der Gesellschaft
  - Organ, durch dessen Verhalten eine juristische Person gegenüber Dritten berechtigt und verpflichtet wird (Art. 55 ZGB, Art. 722 OR)
  - Organ, das gegenüber der Gesellschaft, den Aktionären und den Gesellschaftsgläubigern aktienrechtlich verantwortlich ist (Art. 754 OR)
- drei von Gesetzes wegen erforderliche Organe
  - Generalversammlung (Art. 698 ff. OR)
  - Verwaltungsrat (Art. 707 ff. OR)
  - Revisionsstelle (Art. 727 ff. OR; Möglichkeit des Verzichts auf eine Revision gemäss Art. 727a Abs. 2 OR)
- fakultative Organe
  - Geschäftsleitung (vgl. Art. 716b OR)
  - Verwaltungsratsausschüsse (vgl. Art. 716a Abs. 2 OR)
  - Beirat (vgl. Art. 663b<sup>bis</sup> OR)



- Gewaltenteilung in der Aktiengesellschaft
- Paritätsprinzip
- Regelung der Zuständigkeiten von Verwaltungsrat und Generalversammlung
  - unübertragbare und unentziehbare Aufgaben der Generalversammlung und des Verwaltungsrates (Art. 698 Abs. 2 bzw. Art. 716a Abs. 1 OR)
  - Zuständigkeit des Verwaltungsrates zur Geschäftsführung (Art. 716 Abs. 2 OR)
  - subsidiäre Generalkompetenz des Verwaltungsrates (Art. 716 Abs. 1 OR)
  - beschränkte Möglichkeiten der Generalversammlung, Aufgaben im Bereich der Geschäftsführung zu übernehmen (vgl. Art. 716 Abs. 2 und Art. 698 Abs. 2 Ziff. 6 OR) (z.B. Genehmigung einer Ausgabe, die einen bestimmten Betrag übersteigt)



- Generalversammlung
  - "oberstes Organ" (Art. 698 Abs. 1 OR)
  - unübertragbare gesetzliche Befugnisse (Art. 698 Abs. 2 OR)
  - unübertragbare statutarisch eingeräumte Befugnisse (siehe Art. 698 Abs. 2 Ziff. 6 OR), z.B. die Zustimmung zur Übertragung von Namenaktien (vgl. Art. 685a Abs. 1 OR) oder die konsultative Abstimmung über den Bericht betreffend die Entschädigungen von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung
- Verwaltungsrat
  - Geschäftsführung (Art. 716 Abs. 2 OR) und Vertretung (Art. 718 Abs. 1 OR)
  - unübertragbare und unentziehbare Aufgaben (Art. 716a OR)
  - alle Angelegenheiten, die nicht nach Gesetz oder Statuten der Generalversammlung zugeteilt sind (Art. 716 Abs. 1 OR)
- Revisionsstelle
  - vor allem Prüfung der Jahresrechnung (Art. 728 Abs. 1 bzw. Art. 729a Abs. 1 OR)
  - Anzeigepflicht bei Regelverstößen (Art. 728c OR) und bei Überschuldung (Art. 728c Abs. 3 bzw. Art. 729c OR)
  - keine Prüfung der Geschäftsführung des Verwaltungsrates (Art. 728a Abs. 3 bzw. Art. 729a Abs. 3 OR)

155



- Festsetzung und Änderung der Statuten (Art. 698 Abs. 2 Ziff. 1 OR)
- Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates und Wahl der Revisionsstelle (Art. 698 Abs. 2 Ziff. 2 OR, siehe auch Art. 705 OR)
- Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung und Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns (siehe im Einzelnen Art. 698 Abs. 2 Ziff. 3 und 4 OR)
- weitere Aufgaben gemäss Gesetz (siehe Art. 698 Abs. 2 Ziff. 6 OR), z.B. die Beschlussfassung über Kapitalerhöhungen (Art. 650 OR) oder die Auflösung der Gesellschaft (Art. 736 Ziff. 2 OR)
- Aufgaben aufgrund der Statuten (siehe Art. 698 Abs. 2 Ziff. 6 OR), im Rahmen der gesetzlichen Zuständigkeitsordnung

156



### ➤ Arten von Generalversammlungen

- ordentliche und ausserordentliche Generalversammlungen (siehe Art. 699 Abs. 2 OR)
- Universalversammlungen und Generalversammlungen unter Beachtung der für die Einberufung geltenden Vorschriften (Art. 701 OR)

### ➤ Vorbereitung und Ablauf

- Einberufung (Art. 699 f. OR)
- Traktanden (siehe Art. 699 f. OR)
- Anträge (siehe Art. 700 OR)
- Aufnahme von begründeten Aktionärsanträgen in die Einladung zur Generalversammlung (Art. 699a Abs. 2 E-OR 2007)



### ➤ Vorbereitung und Ablauf (Fortsetzung)

- vorbereitende Massnahmen (Art. 702 Abs. 1 OR)
- Meinungsäusserungen
- Protokoll (Art. 702 Abs. 2 OR)
- öffentliche Beurkundung statutenändernder Beschlüsse (Art. 647 OR)

### ➤ Modernisierung der Generalversammlung von Publikumsgesellschaften?

- Unmittelbarkeitsprinzip: Fiktion der Willensbildung an der Generalversammlung ("Landsgemeinde") – Realität: Meinungsbildung und "Beschlussfassung" (durch Instruktion der Stimmrechtsvertreter) bereits vor der Generalversammlung
- Einsatz der modernen Kommunikationstechnologie
- Generalversammlung als "öffentliche Veranstaltung", wobei die Meinungsbildung und Beschlussfassung vollständig "vorverlagert" sind



- Verhandlungsgegenstand (Traktandum) und Antrag
- Verhandlungsgegenstände
  - Festsetzung der Verhandlungsgegenstände durch den Verwaltungsrat (siehe Art. 716a Abs. 1 Ziff. 6 OR)
  - Recht einer Aktionärsminorität zur Traktandierung von Verhandlungsgegenständen (Art. 699 Abs. 3 OR)
  - Beschlussfassung grundsätzlich nur im Rahmen gehörig angekündigter Verhandlungsgegenstände (Art. 700 Abs. 3 OR)
- Anträge
  - Anträge des Verwaltungsrates (Art. 700 Abs. 2, Art. 702a und Art. 716a Abs. 1 Ziff. 6 OR) und der Aktionäre (vgl. Art. 699 Abs. 3 und Art. 700 Abs. 2-4 OR)
  - Beschlussfassung auch über nicht angekündigte Anträge (Art. 700 Abs. 4 OR)

159



- Beschlussfassungs- und Präsenzquoten
- Bemessungsgrundlagen für Beschlussfassungsquoten
  - gesamtes Aktienkapital (vgl. Art. 18 Abs. 5 FusG)
  - in der Generalversammlung vertretenes Aktienkapital (siehe Art. 703 f. OR)
  - abgegebene Stimmen (vgl. Art. 888 Abs. 1 OR und Art. 703 Abs. 1 E-OR 2007)
- Regel: absolute Mehrheit der vertretenen Aktienstimmen (Art. 703 OR)
  - Stimmenthaltungen wirken sich als Nein-Stimmen aus
  - nicht vertretene Aktienstimmen verkleinern die Bemessungsgrundlage und vergrössern den relativen Stimmenanteil der vertretenen Aktionäre
- qualifiziertes Beschlussfassungsquorum bei "wichtigen Beschlüssen" (Art. 704 OR)
  - zwei Drittel der vertretenen Stimmen und
  - absolute Mehrheit der vertretenen Aktiennennwerte; Bedeutung im Fall von Stimmrechtsaktien (siehe Art. 693 Abs. 1 OR)
- statutarische Beschlussfassungsquoten (siehe Art. 704 Abs. 2 OR)

160